

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Mittelnach 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 23. Februar. Die nationalliberale Partei Westpreußens hat folgenden Aufruf erlassen:

Die neueste Zeit, insbesondere die Ergänzungswahlen, gewisse gerichtliche Prozesse und mannigfache andere Ereignisse des letzten Jahres zeigen deutlich, daß unser politisches Leben von einer zerfahrenen Partei- und Interessengruppenpolitik und einer wüsten Agitation vergiftet wird, daß die unzufriedenen und unruhigen Elemente mit großem Geräusch sich in den Vordergrund drängen und sich breit machen, während die ruhigen und besonnenen Männer sich zurückziehen und von der Politik sich abwenden. Dieser Zustand ist ungesund und birgt, wenn die politische Leidenschaft noch weitere Volkseigenen ergreift, eine große Gefahr für Preußen und unser deutsches Vaterland in sich. Solche Gefahr abzuwenden, ist unabweisbare Pflicht jedes wahren Vaterlandsfreundes, d. h. jedes Bürgers, der das Wort „Patriotismus“ nicht bloß im Munde führt, sondern die Liebe zum Vaterlande im Herzen trägt, der bereit ist, die eigenen Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen, und wenn es Noth thut, dem Heil des Vaterlandes auch Opfer zu bringen. In welcher Weise soll nun Abhilfe versucht werden? An einigen Orten in Deutschland werden Versuche gemacht, neue Parteien zu gründen. Es läßt sich aber nicht annehmen, daß es gelingen wird, zu Gunsten neuer Reformparteien eine oder mehrere der bestehenden Parteien zu beeinträchtigen oder wesentlich zu schwächen. Kann dies aber nicht erreicht werden, so ist der Erfolg jener Reformversuche nur der, daß zu den bisherigen zahlreichen Parteien noch neue geschaffen werden. Es wird also Aufgabe der alten Parteien sein, eine Gesundung des politischen Lebens herbeizuführen. Werden aber die alten Parteien dazu im Stande sein? Und welche Partei wird dazu besonders geeignet sein? Die Unterzeichneten wissen sehr wohl, daß in allen Parteien Männer sich finden, welche den Wunsch nach einer besonnenen Politik und einer wirksamen Agitation haben; wir sind aber überzeugt, daß von allen Parteien die nationalliberale Partei ihrer Vergangenheit und ihres Wesens nach am meisten geeignet ist, ein Gegengewicht gegen unruhige und unbefohlene Strömungen im Staatsleben zu bilden. Die nationalliberale Partei hat die nationalen Pflichten stets in den Vordergrund gestellt und diese Pflichten niemals wegen irgend welcher Parteivorteile verläßt. Sie hat mit den Parteien, die das Wohl des deutschen Reiches nicht oder nicht allein als ihr letztes Ziel kennen, den Sozialdemokraten, den Polen und den Ultramontanen, keinerlei Gemeinschaft. Niemals hat sie bei Wahlen eine dieser drei Parteien durch Wahl oder Wahlenthaltung begünstigt und niemals mit einer dieser Parteien zu gemeinsamer Aktion oder gemeinschaftlicher Opposition sich verbunden. Die nationalliberale Partei ist für agrarische Ausdehnungen niemals zugänglich gewesen, sie hat kirchlich-hierarchische Ansprüche stets bekämpft und die antikirchlichen Bestrebungen gänzlich von sich fern gehalten. Die nationalliberale Partei hat die liberalen Erwerbsverhältnisse der Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte stets festgehalten und verteidigt und ist stets für die Entwicklung der Gesetzgebung im liberalen Sinne eingetreten. Sie steht in der Forderung der Inbetriebnahme des Handels, der Arbeiter, die Beamten, die Lehrer und die für unsere Provinz so wichtige Landwirtschaft keiner anderen Partei nach. Die nationalliberale Partei hat aber niemals angenommen, daß das Heil des Staates davon abhängt, daß die Forderungen und Wünsche einzelner Interessengruppen, einzelner Berufsstände vollständig erfüllt oder davon, daß ein bestimmtes Parteiprogramm bis in seine letzten Konsequenzen verwirklicht wird, sie ist vielmehr stets davon ausgegangen, daß die Interessen einzelner Parteien und Stände den Interessen des Ganzen nachstehen müssen und sie ist davon durchdrungen, daß für die geordnete Entwicklung des Staates ein einträchtiges Zusammengehen der gesetzgebenden Körperschaften mit der Regierung des Kaisers und Königs sehr ersprießlich ist und daher, soweit es sich mit den Grundansatzungen der Partei verträgt, erstrebt werden muß, daß jener bei der Zersplitterung des Volkes in so viele Parteien eine gemeinsame Arbeit mit den nachstehenden Parteien unerlässlich ist und daß bei dem gemeinschaftlichen Streben und Arbeiten im Interesse eines geordneten Fortschritts, wenn es nötig ist, auch Parteivorteile zurückgestellt werden müssen, weil das Gute, das erreichbar ist, den Vorzug verdient vor dem Besten, das in der Ferne liegt. Ebenso deutsch, liberal und maßvoll, wie in ihren politischen Grundansatzungen ist die nationalliberale Partei bei ihrer Agitation geblieben. Sie mißbilligt, wie jeder anständige

Mann, bei den politischen Kämpfen Ausdrücke des Hasses und der Verachtung, sie mißbilligt feindselige Herabsetzung und Verleumdung und bewahrt Achtung vor dem Gegner. Sie hat stets demagogisches Treiben von sich fern gehalten und tadelt aufs entschiedenste eine Agitation, welche durch die weitgehenden und umfangreichen Verwerfungen auf die Begehrlichkeit der Wähler einzuwirken sucht, in ihnen unerfüllbare Hoffnungen erweckt und sie durch den Hinweis auf die Möglichkeit der Erfüllung täuscht.

Und so wenden wir uns denn an die besonnenen Männer in allen Parteien und bitten sie, zu einer Gesundung des politischen Lebens nach Kräften beizutragen. Diejenigen aber, welche unsere Meinungen und Wünsche theilen, bitten wir dringend, nicht groß und mißgestimmt bei Seite zu stehen, sondern uns in unserem Verhalten zu unterstützen, die nationalliberale Partei zu stärken und ihre Organisation in unserer Provinz zu fördern. Der Anfang ist bereits gemacht. Es besteht ein nationalliberales Provinzialkomitee für Westpreußen und in mehreren Wahlkreisen sind Vereine gegründet oder doch Wahlkomitees bestellt. Wir bitten, diese Vereine oder Wahlkomitees beizutreten und, wo solche noch nicht bestehen, Vereine zu begründen oder auch einzeln als Vertrauensmänner zu wirken. Niemand halte sich für zu hoch oder zu gering, um uns zu helfen, Jedermann wird gern aufgenommen, Jeder wird sich den Dank der Parteigenossen verdienen und den Dank des Vaterlandes.

Die „Nat.-Lib. Korr.“ schreibt: „Die Bemerkungen, mit welchen in der Reichstags-Sitzung vom 17. Februar der Abg. Büsing seinen von den Anhängern seines Fraktionsgenossen Dr. Buhl etwas abweichenden Zoll- und handelspolitischen Standpunkt darlegte, sind in der Presse vielfach unrichtig wiedergegeben oder mißverstanden worden. Es erscheint daher angebracht, diese Bemerkungen nach dem stenographischen Bericht korrekt wiederzugeben. Herr Büsing äußerte:

„Ich bemerke zunächst, daß mein Freund Dr. Buhl vorgeht, wie aus der Form seiner Rede hervorgeht, und wie bei der Nichtbeteiligung meiner politischen Freunde in manchen wirtschaftlichen Fragen nicht auffallend sein kann, nicht im Namen der Gesamtheit seiner politischen Freunde gesprochen hat. Ein Theil meiner politischen Freunde sind ich stimme mit denjenigen Ausführungen, welche mein Freund Buhl in Betreff der Getreidezölle hier gemacht hat, nicht überein, sondern weichen in wesentlichen Punkten von denselben ab. Wir unterwerfen uns billigen rückhaltlos die Handelsvertragspolitik der Reichsregierung und werden dieselbe nach Kräften unterstützen, wie dies ja auch mein Freund Buhl seinerseits betriebs des russischen Handelsvertrags in Aussicht gestellt hat.“

Im Herrenhause ist vom Fürsten von Hatzfeld-Trachenberg der Antrag eingebracht worden, die königliche Staatsregierung zu ersuchen: künftig in dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung 1) Kapitel 106, Titel 12, zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flussregulierungen, anstatt 500 000 Mark zu setzen 3 000 000 Mark, 2) Kapitel 107, Titel 1, Dispositionsfonds zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine und zur Förderung der Rantkultur im Allgemeinen, anstatt 310 000 Mark zu setzen 500 000 Mark.

Auch für Januar weist der Abschluß der Post- und Telegraphenverwaltung eine weitere Zunahme des Verkehrs nach. Die Brutto-Einnahme für Januar 1892 betrug 20 506 586,29 Mark, dagegen für Januar 1893 21 658 374,61 Mark, mithin mehr 1 151 788,32 Mark. Der reine Ueberschuß betrug für Januar 1892 893 273,44 Mark, dagegen für Januar 1893 1 272 092,51 Mark, mithin mehr 378 819,07 Mark. Für den ganzen Zeitraum vom 1. April 1892 bis Ende Januar 1893 beträgt der reine Ueberschuß 22 792 628 Mark, d. h. ein Mehr gegen denselben Zeitraum des Vorjahres von 2 288 497 Mark.

Die im Interesse der Erhaltung des Fischreichthums der Nordsee von den angrenzenden Uferstaaten bis jetzt ergriffenen Maßnahmen haben den darauf gesetzten Erwartungen nicht oder doch nur in ganz unzulänglicher Weise entsprochen. Wenigstens stimmen die Berichte der Sachverständigen darin überein, daß die Entvölkerung der Nordseefischgründe rasche Fortschritte macht. Die ungeheuren Schleppeue, mit denen ausangefischt die See bis auf den Grund ausgefischt wird, richten, wie erst dieser Tage in belgischen Kammer festgestellt wurde, fabelhafte Verheerungen nicht nur unter den ausgewachsenen Fischen an, sondern, und das ist der eigentliche zu beklagende Uebelstand, auch unter der Fischbrut und den unreifen Fischbeständen. Zwar schreiben

die internationalen Fischereivereinbarungen vor, alle Fische, welche das vereinbarte Größenmaß noch nicht haben, dem Meer wieder zurückzugeben, allein diese Bestimmung ist praktisch so gut wie wertlos, weil der vom Wasser entnommene Fisch meist schon tot oder doch dem Tode nahe ist. Das einzige Radikalmittel wäre das Verbot des Gebrauchs enghalsiger Netze, dem aber steht das Verhalten der englischen Fischer hindernd im Wege, welche letztere geschildert darauf auszugehen scheinen, durch ihre Praktiken die wohlgeordneten Bestrebungen der übrigen Nordseefischerstaaten beizubehalten und die Schonung der Ergebnisse des Fischgangs illusorisch zu machen.

Die am vergangenen Freitag in London veranlaßt gewesene Konferenz der englischen Hafen-Gesundheitsbehörden beabsichtigt Erörterung von Maßnahmen gegen die Einschleppung der Cholera nach dort erklärte es für eine öffentliche Pflicht der Gesamtheit, daß in allen Hafenplätzen sanitäre Vorkehrungen und Uebersuchungsmaßregeln getroffen würden. Im Besonderen sprach sich die Konferenz für ungefähre Einrichtung eines umfassenden Desinfektionsdienstes und für gründliche ärztliche Besichtigung aller in englischen Häfen einlaufenden Schiffe, namentlich solcher, die aus verheerenden oder doch choleraverdächtigen Plätzen kommen, aus. Eine scharfe Uebersuchung des Nahrungsmittel- und Getränkeverkehrs, eventuell der Erlaß bezüglicher Polizeiverbote, wurde ebenfalls befürwortet, desgleichen die Errichtung von Choleraquarantänen, wo solches notwendig werden sollte. Die allfälligen Kosten der seitens der Hafenbehörden zu ergreifenden Cholera-Abwehrmaßnahmen sollen, da sie der Gesamtheit zu dienen bestimmt sind, auf die Staatskasse übernommen werden.

Als Grenze zwischen Togo und den französischen Besitzungen im Osten von unserer Kolonie wurde durch das Abkommen vom 25. April 1887 der Meridian 1 Grad 41 Min. ö. v. Gr. festgestellt. Nachdem nunmehr sich Franzosen in den Besitz von Dahomey gesetzt haben, soll diese theoretisch festgesetzte Grenze praktisch festgelegt werden. Zur Durchführung dieser Regulierung haben sich, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, der kaiserliche Kommissar von Togo, Herr von Puttkamer, und der Leiter der Station Niakharbe in Togo, Dr. Gruner, nach Weidach begeben; auf französischer Seite ist Generalmajor Dodds, der Oberbefehlshaber der Truppen in Dahomey, zum Delegierten ernannt.

Der Uambara-Kaffeebaugemeinschaft, welche in der Bildung begriffen ist und in Hande, in dem hochgelegenen Gebirge hinter Tanga, den arabischen Kaffeebaum kultivieren will, ist, der „Post“ zufolge, auf ihre Eingabe um eine Unterstützung zum Auswärtigen Amte die Zusage der Landüberweisung geworden. Nach diesen etwa 60 Kilometer vom Innern entfernt liegenden Vorzugsgebieten wird in wenigen Jahren die Eisenbahn führen, welche vorläufig von Tanga bis Kirogwa von der Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Uambara-Knie) gebaut wird und eventuell nach dem Küstengebiet von Zabora weiter geführt werden soll.

Köln, 22. Februar. (W. T. B.) Wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, wird die rechtsrheinische Eisenbahn demnächst 2900 Kilometern von 15 Tritten Tragfähigkeit ausreichen.

Neustrelitz, 21. Februar. Zu dem am Donnerstag erwarteten Besuch der kaiserlichen Majestät werden umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Dierkestrasse, Marktplatz und Schlossstraße werden durch große Fichtenbäume geschmückt, die mit Girlanden verbunden, zu einer Via triumphalis umgefaßt werden. Am Eingang der Strelitzerstraße wird eine Ehrenpforte errichtet. Kriegervereine, Schützengilden, Gewerke und Schulen werden, nach der Kreuzg., Spalier bilden.

Darmstadt, 22. Februar. Die zweite Kammer hat die Petitionen der Mainzer Katholikenversammlung wegen Aufhebung des Jesuiten-Geheimes und des Ordens-Geheimes abgelehnt.

Strasbourg, 21. Febr. (W. T. B.) Der Kandesauschuss hat den Zuschuß zur Herstellung einer vollstündigen Eisenbahn von Wingen über Meisenthal nach Münsthal (St. Louis), welchen die Kommission des Reichstages abgelehnt hatte, in zweiter Lesung einstimmig bewilligt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Februar. Dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes Stremayr, welcher jüngst im Abgeordnetenhaus seitens der Zungedebenen so heftig angegriffen wurde, bereitete heute die juristische Gesellschaft bei seinem Erscheinen eine spontane Ovation. Stremayr fügte seinen Dankes-

gabe in konstanter Weise entledigten. Mit Ausnahme von ganz kleineren Händeln zwischen einzelnen Personen waren während des ganzen Tages keine ernstlichen Vorkommnisse zu konstatieren. Um 3 Uhr war das Gedränge so stark, daß die meisten Leute es vorzogen, sich auf den Straßen-Trottoirs zu positionieren und den Zug der mit Masken und Aufhängen besetzten Wagen, Wiesdroschen, eleganten Cais, Zwei- und Vierpänner, Kellamewagen, deren Insassen in splendider Weise große Zettel unter das Publikum vertheilten, auf denen die Vorzüge des Festtages so und so schwarz auf weiß gedruckt zu lesen waren, groteske Festschmuckwagen u. s. w. — vor sich desilieren zu lassen.

Trotz der unbefriedigenden Menge der Menschen, welche zwischen den Straßen eingestreut waren, herrschte allgemein die ausgelassene Lustigkeit, und Männer, deren Ernst während des ganzen Jahres niemand anzugehen wollte, nahmen thätigen Antheil an der allgemeinen Tollheit. Eine vollständige Veränderung, geradezu eine Revolution in den Festschmuck von Wien, hat die Einführung des Confetti hervorgerufen, und selten wurden in Wien, der Heimat des Confetti in jeglicher Gestalt, so große Schlächen geschlagen, wie gestern in Wien. Das Wiener Confetti besteht aus winzig kleinen, vielfarbigen Papierstückchen, welche in allen möglichen Formen, wie Kronen, Ringen, Kreuze u. s. w., ausgeschnitten sind. Handvollweise geworfen, bildet das Confetti die einzig regelrechte, elegante und ungefährliche Waffe des Carneval, und wer die gefegten Confettischlächen in Wien mit angesehen hat, der wird niemals mehr dem Wiener Carneval den römischen oder venezianischen als glänzenden Beispiel gegenüberstellen. Besonders hitzig war das

worten die Bemerkung bei: „Ich bin Richter und habe nach dem Gesetz vorgehen, ohne Rücksicht auf nationale Strömungen.“

Wien, 22. Februar. (W. T. B.) Die hiesige Stadtvertretung sowie die von Szegedin haben nahezu einstimmig Resolutionen angenommen, in denen das kirchenpolitische Programm der Regierung gebilligt wird.

Niederlande.

Amsterdam, 22. Februar. Auf Ansuchen der preussischen Behörden ist hier ein 73-jähriger Mann Namens Demittin (?) verhaftet, welcher seit dreißig Jahren Leichengläubige ausbeutet, indem er namentlich in deutschen Zeitungen eine Millionenerbschaft ausbietet, wobei er mit gefälschten Dokumenten operiert. Eine um 15 000 Mark betragende Hamburger Dame zeigte den Schwindler an, worauf dessen Verhaftung erfolgte.

Belgien.

Brüssel, 19. Februar. Freund und Feind freut sich über die herbe Abfertigung, die am Freitag dem Abgeordneten Woeffe zu Theil wurde; die Regierung, vielmehr mit Ausnahme des fälschlichen Kriegsministers, freut sich darüber nicht im Mindesten. Vor einigen Wochen hatte der vorordentliche Herr in einer Kammerführung den tödlichen Ausgang des Zweikampfes zwischen Major Gillain vom 1. Infanterie-Regiment und Herrn van den Bergh zum Vorwurf einiger bitteren Bemerkungen genommen, wie es Herrn Woeffe's Art ist. Das war ganz überflüssig, da die traurige Angelegenheit vor Gericht ausgetragen werden wird. Major Gillain ist auf eine schwere Gefängnisstrafe gesetzt. Daß aber Herr Woeffe die durch keine thätliche Angabe berechnete Behauptung aufstellte, der Major hätte sich eines unlauteren Liebeshandels wegen in den Zweikampf eingelassen, überließ offenbar der parlamentarischen Redefreiheit. Der Kriegsminister ließ den allgemein beliebten und geachteten Offizier beleidigen; der andere Offizier, der im Parlament sitzt, Generalleutnant A. D. Brialmont, war abwesend. Abends geschah Herrn Woeffe in Gesellschaft sein Recht. Auf einem Ball ließ er auf Gillains Regimentskommandeur, Oberst v. Wylerloo, dieser weigerte sich zweimal, die ihm von Woeffe dargebotene Hand zu drücken, und gab ihm darüber folgende Erklärung unter vier Augen ab: „Mein Herr! Sie haben heute (u. i. w.), was Sie unmöglich wissen konnten, da die Beteiligten sich geweigert haben, die eigentlichen Ursachen des Zweikampfes bekannt zu machen, sogar ihren Zeugen, und der Gefallene hat es Ihnen nicht offenbart. Es ist bequemer, mein Herr, Jemand, der sich nicht vertheiligen kann, in der Öffentlichkeit zu beschuldigen, wenn Sie sich hinter Ihre parlamentarische Unverletzlichkeit verstecken. Ich bin so frei, Ihnen darüber kein Kompliment zu machen. Da ich Ihre Art nicht über alles, was ich hier noch zugehen könnte, zum Voraus kenne, habe ich Ihnen nichts mehr zu sagen, mein Herr.“ Dieser Zwischenfall kam in die Presse. Der Kriegsminister erblidete darin eine Verletzung der parlamentarischen Unantastbarkeit und ertheilte dem Obersten einen sehr vorfälligen Verweis. Dieses freibürgerliche Vorgehen kam Freitag zur Sprache. Die Abg. Anspach, Brialmont und Heron besprachen den Fall in vorfälliger Weise. Hier die Schlussworte Brialmonts, der den Kriegsminister, beiläufig bemerkt, schonte, weil er nicht den Anschein haben wollte, die persönliche Feindschaft aus seinen letzten Dienstjahren mit ihm anzufechten: „Er (der Kriegsminister) wird mit mir eins sein, um zu bekennen, daß der Abgeordnete, der sich hinter seine Unverletzlichkeit versteckt, um einen Offizier zu beleidigen, um zu behaupten, dieser Offizier habe seinen guten Ruf in einem unlauteren Liebeshandel geschädigt, um zu fordern, daß man diesem Offizier jede Beförderung verweigere, eine unwürdige, ja, eine feige Handlung begeht.“ (Heftiger Widerspruch! Rufe: Zur Ordnung!) Der Vorlesende: Herr Brialmont, ich kann solche Worte nicht dulden, Sie haben das Recht nicht, sie zu gebrauchen. Brialmont: „Der Präsident, ich mag sie nicht zurücknehmen. Wenn Sie mich zur Ordnung rufen, thun Sie Ihre Pflicht; ich thue die meine, indem ich einen beleidigten Offizier verteidige.“ Daraufhin erging der unaussprechliche Ordnungsruf. Bei der Verathung kam der brave Kriegsminister nicht aus seiner neun-jährigen Verlegenheit heraus. Der Abgeordnete Woeffe war geradezu königlich drollisch: wobei des Obersten noch Brialmonts Worte hätten ihn getroffen! Spottwölfe hätten darauf gewettet, daß dieser Satz herauskäme. Dara bemerkte, daß sei Herr Woeffe von einer ganz besonderen Art. Zum Schluß nahm die Rechte gegen die Einkommensteuer, der das Vorgehen der Regierung

billigt. Tagesordnungen sind da, um das Gegengleich von dem auszudrücken, was man denkt, sagt, mir ein Parlamentarier, und ein anderer meinte der Tag habe das Ansehen des Parlaments schwer geschädigt. Als der Zwischenfall zu Ende war, nahm Herr Woeffe das Wort alsbald zu der Angelegenheit, die auf der Tagesordnung stand, während sein Fall in den Wandelgängen besprochen wurde. Der Kriegsminister soll zurücktreten, hieß es später; diese Nachricht bestätigt sich nicht; mit der Zeit wird er seiner befondern Verwaltungsgabe wegen Generalinspektor der Bürgerwehr.

Frankreich.

Paris, 21. Februar. Der Rücktritt des Senatspräsidenten Le Royer hat, wie vorausgesehen war, in den politischen Kreisen große Aufregung hervorgerufen. Man will meistens nicht glauben, daß nur „Gesundheitsrücksichten“ Herrn Le Royer zu diesem Schritte bewegen haben; einerseits wird behauptet, daß gewisse Vorgänge in seiner Familie, bei denen sein Rabinetschef Lebon theilhaftig war, ihn zu dem Entschlusse gebracht haben, andererseits versichern intime Freunde des bisherigen Präsidenten, es habe ihn die Unsicherheit zurückgeschreckt, in der Panama-Affaire im Senat als dem Staatsgerichtshofe präsidieren zu müssen. Wie dem auch sein möge, die Motive müssen unabwieslich sein, da selbst der Präsident der Republik sich vergeblich bemüht hat, Herrn Le Royer zum Verbleiben auf seinem Posten bis zum Schluß der parlamentarischen Session zu bewegen. Herr Carnot soll dem Senatspräsidenten vorgelegt haben, daß die Feinde der Republik nicht verstehen würden, seinen Rücktritt mit der Panama-Affaire in Verbindung zu bringen, und zu insinuieren, er habe nicht an der Spitze einer Versammlung bleiben wollen, welche in diese Scandal-Affaire verwickelte Mitglieder enthalte. Herr Carnot soll außerdem vergeblich geltend gemacht haben, daß der Rücktritt des Senatspräsidenten notwendigerweise die Polemik einer gewissen Presse gegen ihn selbst aus neue aufleben werde; man werde den Umstand bemerken, um seinen Rücktritt zu fordern unter dem Vorwande, daß der Präsident der Republik dem Präsidenten der Kammer und dem Präsidenten des Senats folgen müßte. Außer den gestern genannten Kandidaten für die Nachfolger des Herrn Le Royer werden heute noch der Vizepräsident des Senats Darbois, der ehemalige Konseilspräsident Coubet und sogar der ehemalige Minister des Innern Comfians genannt. Die eventuelle Kandidatur Jules Ferrys wird bereits von den radikalen und revolutionären sowie von den reaktionären Organen auf das heftigste bekämpft. Sogar mit Straßen-Manifestationen wird gedroht, falls der Senat es wagen sollte, „durch die Wahl Ferrys die öffentliche Meinung zu provozieren“. Man will ersichtlich eine Agitation gegen die Kandidatur Ferrys hervorgerufen, um auf die republikanische Majorität des Senats einen Druck auszuüben. Diese Majorität besteht aus vier Fraktionen: demokratische Linke, republikanische Union, republikanische Linke und linkes Zentrum, von denen die republikanische Union (die Opportunisten) die stärkste ist und etwa 120 Mitglieder zählt. Diese vier Fraktionen werden zuerst getrennt berathen und sich dann zu einer Plenarversammlung der republikanischen Majorität vereinigen, um, wenn möglich, die Aufstellung einer einzigen Kandidatur zu erreichen.

Paris, 22. Februar. (W. T. B.) Einer Depesche des französischen Botschafters Arago in Genf zufolge hat die schweizerische Bundesregierung sich mißbilligend über die dem Präsidenten Carnot in dem Basler Kornevalszuge zugefügte Beleidigung ausgesprochen. Die Regierung sei bereit, deshalb die ihr rechtlich zustehenden Mittel zur Anwendung zu bringen und Frankreich Genugthuung zu geben.

Paris, 22. Februar. (W. T. B.) Das Schiedsgericht zur Entscheidung der Frage über Fischereiberechtigung im Beldringsmeer tritt morgen im Ministerium des Auswärtigen zur ersten Sitzung zusammen. Dasselbe wird sich, wie es heißt, auf einen Monat vertagen, um seine Informationen und Schriftstücke zu vervollständigen.

Paris, 22. Februar. (W. T. B.) Die vier republikanischen Gruppen des Senats hielten heute Nachmittag eine gemeinsame Sitzung, bei der Nominiert eines Kandidaten für den Posten des ersten Senats-Präsidenten ab. Im letzten scrutinium erhielten von 151 abgegebenen Stimmen Jules Ferry 87, Maguin 53, Challemel-Lacour 7 und Jules Simon 2.

Italien.

Rom, 22. Februar. Die Diskussion über die Interpellationen betreffs der Unterredung

Genickton.

Brüsseler Brief.

O Brüssel, 21. Februar.

Der Brüsseler Carneval ist wieder aufstanden, so konstatieren die Tagesblätter der stolzen belgischen Hauptstadt. Ueberall her, von Paris, von der Riviera, selbst von Venedig und Rom kommen nur Klagen über das Verschwinden dieser beherdlich genehmigten und gefeiert anerkannten temporären Tollheit, welche man Festschmuck nennt. Welchen Ursachen das Wiederauftreten des Carnevals in Brüssel zuzuschreiben ist, ist schwer zu errathen; derselbe beweist nur, daß der belgische oder vielmehr flämische Volkscharakter, der den alten flämischen Weibern Liniens, Bauerinnen u. s. w. so manchen tödlichen Stoff zu ihren bekannten Gemälden gegeben hat, sich selbst in sorgenvollen und bitteren Zeiten, wo der „struggle for life“, wie jetzt, so unerwartlich scharfe Formen angenommen hat, wenn die Gelegenheit sich bietet, um die Sorgen des Tages nicht bekümmert und leben will und leben läßt. Daß diese Eigenheitlichkeit im belgischen Volkscharakter zu manchen schlimmen Konsequenzen führt, soll und darf nicht geleugnet werden. So sahen die hiesigen Pfandhäuser in den letzten 2 Wochen ihre Kapitalien derart in Anspruch genommen, daß 2 derselben ihre Büreau's nur noch an einem Tage der letzten zwei Wochen öffneten. Doch finden derartige Studien der vergleichenden Soziologie und Nationalökonomie jetzt wenig Anklang; dieselben werden von dem allgemeinen Jubel über die Aufregung des Carnevals zurückgegrängt.

Der Brüsseler Carneval nimmt dem vergnügungsbedürftigen Volkscharakter entsprechend einen ziemlich langen Zeitraum ein. Er beginnt — ohne von der langen Zeit der fast alle Abende stattfindenden Bälle und ähnlicher Vergnügungen zu reden, — mit dem „Petit Carneval“, der dieses Jahr von Sonntag den 12. bis Dienstag den 14. Februar dauerte. Eine Woche später wird der „Grand Carneval“ gefeiert und mit „Mi-Careme“ (Halbfesten), welcher heuer auf den 9. bis 12. März fällt, ist die Festschmuckzeit beendet. Die Tage des „Petit Carneval“ wurden in Folge des unglaublich schlechten Wetters nur sehr schwach gefeiert: In der Hauptstadt auf den großen Bällen der Brüsseler Theater. Die wirkliche Aufregung feierte der Carneval erst vorgestern, einem Sonntage, der von dem prächtigsten Wetter begünstigt war. Bereits um 1 Uhr Nachmittags waren die großen Boulevards und die Hauptverkehrsadern der Stadt von solchen Menschenmengen angefüllt, daß es schwer wurde, einen bestimmten Weg zu verfolgen. Man sah sich gezwungen, sich mit dem großen Menschenstrome treiben zu lassen. Die größten Vorsichtsmaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des ungehinderten Wagenverkehrs waren getroffen worden. Die Wagen durften nur in bestimmten Straßen und diesen unter strenger Einhaltung einer gewissen Richtung zirkulieren. An den Ecken der Boulevards und größeren Straßen, sowie auf den verschlungenen Pfaden waren die bestimmten Gendarmen mit ihren hohen, barbarisch aussehenden Bärenmützen postiert, ebenso war die „garde civique“ zur Aufrechterhaltung der Ordnung in die einzelnen Straßen kommandirt, und man muß gesehen, daß, allerdings vom Publikum unterstützt, die Sicherheitswächter sich ihrer Auf-

Gesicht in der Umgebung der Monnaie. Das Hauptziel der Confettiwirer waren natürlich die schönen Brüsselerinnen, welche wohlbevassnet in einem endlosen Wagenzuge maschirt, oder in eleganter Toilette vor dem Brüsseler Publikum Revue passierten. Die Confettiwirer machten glänzende Geschäfte, zu 2 Sous verkauften sie das große Glas. Natürlich suchten sie die Straßen auf, wo die Wagen in Folge des massenhaft ausgestauten Publikums nur langsam passieren konnten und ein desto willkommeneres und desto sicheres Ziel boten. Der Confettihandel war um so anziehender, als die Verkäufer auf die ingeniöse Idee verfielen, durch die Straßenjungen das zerwerfene Confetti auf der Straße und in den Fugen der zugefahrgenen Wagen zu holen, um das Confetti in zweiter, wenn auch nicht verbesserter Auflage zu verkaufen. Trotzdem waren die Straßen von Brüssel mit einem derartigen Confettischnee bedeckt, daß die flüchtigen Straßenkehrer daselbst am andern Frühmorgen wagenweise aus der Stadt wegfuhren. Gegen Abend wurde der Kampf fast allenthalben eingestellt, jedoch nicht aus Mangel an Kampfeslust, sondern aus Mangel an Munition. Die Depots des aus Paris kommenden Confetti's waren vollständig ausverkauft und obwohl sich am nächsten Nachmittag noch Brüsseler Confetti-Fabrikanten aufhatten, so konnte der großen Nachfrage doch nicht genügt werden. Mit dem Confetti hat noch eine andere nicht minder prächtige und ungefährliche Carnevalswaffe in Brüssel debütiert. Schmale vielfarbige Bänder aus Seidenpapier, welche wie die Papierrollen eines Telegraphenapparates aufgewickelt sind und sich beim Wurf aufrollen, wurden, wo immerhin eine gewisse Geschicklichkeit erforderlich ist, über die dicht gedrängte Menge geschle-

dert und sanken sich als leichtes, grazioses Kasso um die Hüfte der Damen und Herren, ein leichtes kurzes Freundschaftsbündel zwischen ihnen bildend. Natürlich hat das Confetti am Abend auch auf den Bällen und in den Restaurants seine Rolle gespielt, welche in letzteren Räumen allerdings bisweilen unangenehm bemerkt wurde. So geschah es mehr als einmal, daß eine schön gebadene Tole oder ein solches Beistell, mit denen ein späterer Confettikämpfer den müden Körper reparieren wollte, mit Confetti gewirrt, für den Wagen des Davorstehenden zu einem kleinen Traum wurde. Aber selbst in solch unangenehmen Fällen machte man allgemein gute Miene zum bösen Spiel. Nur ein einziger, etwas nervöser Herr nahm während der Confettischlacht vor der Monnaie eine wohlgezielte Salbe übel und antwortete mit einem Stochblei. Unter allgemeinem Jubel wurde der schlecht aufgelegte Carnevalsgast von 4 Händen gefaßt, weiter gegeben und durch eine plötzlich sich öffnende Gasse in die freie Luft befördert. Damit war dieser kleine, jenenfalls einzige Zwischenfall, wo der Confetti böses Blut gemacht, ebenso prompt als elegant erledigt.

„Grand Carneval“ ist vorüber; aber noch steht Mi-Careme bevor und bis dahin wird die Confetti-Fabrikation im Großen und im Kleinen mit einem wahren Hochdruck betrieben. Die Großproduktion hat sich des Geschäfts bemächtigt und an Munition wird an Mi-Careme kein Mangel sein. Auch in den Familien wird aller Vorrath an farbigen Papieren zusammengeführt, um von den Kindern des Hauses unter der unarmherzigen Schere in Confetti verwandelt zu werden.

